



Fallenlassen dieses Uebels schon mit zur Herabminderung der Arbeitslosigkeit beitragen würde. Ich kann mich diesem nur anschließen, möchte jedoch stark bezweifeln, ob dieses Uebel in Nord-Deutschland stark grassiert, es könnte hiermit wohl eher auf Mittel- und Süddeutschland hingewiesen werden, noch dazu da in Nord-Deutschland nicht mal grosse Druckereien sich befinden. In meiner angenommenen Resolution erkläre die Stuttgarter nun, dass sie eine Durchführung des § 3 nicht für angebracht halten und es vorläufig noch beim alten bleiben soll. Ob nun hiermit der Hauptvorstand einverstanden ist, glaube ich kaum. Er hätte ja dann das Zirkular nicht erst zu versenden brauchen. Die Stuttgarter Kollegen geben nun zu, dass bei Anfragen die Verwaltungen nicht immer in der Lage sind, sofort Auskunft erteilen zu können, wäre, wie nach meinem Vorschlag, ein Auskunftsbuch vorhanden, so könnte sofort eine Auskunft ohne weitere Schreiberei erteilt werden. Den Kollegen wäre gedient und die Verwaltung erspart sich viele Arbeit. Dem Verfasser des Artikels aus Leipzig Bl. möchte ich erwidern, dass ich durchaus nicht beabsichtigt habe, die Freizügigkeit zu beschränken und damit den Kollegen die Reiseunterstützung zu beschneiden, aber wir haben dieselbe doch auch nicht darum eingeführt, damit ein Teil der Kollegen eventuell zum Vergnügen herumreisen kann, die Zeiten der Zünfte sind vorüber, wo bald ein jeder gezwungen war, zu wandern; wer heute noch wandern muss, ist zum grossen Teile durch unsere heutige miserable Wirtschaftsordnung dazu gezwungen, wer irgend kann, sieht zu, seine Stellung zu halten. Ich kenne genug Kollegen, die nicht in der Fremde waren, ob sie deshalb zur heutigen Zeit noch scheel angesehen werden, bezweifle ich. Der Artikelschreiber ist dann noch der Meinung, dass sich die Situation in einem Geschäft schnell ändern kann, ja, aber warum ändert sich dieselbe so schnell? Meistens, weil bei Stellungswechsel die Kollegen sich zu einem niedrigeren Lohn anbieten, als wie er vorher war. Ist es doch auch hier in einem Geschäft vorgekommen, dass Stellen, die früher mit 30 Mk. und darüber bezahlt wurden, bei einem Wechsel mit 27 Mk. und noch weniger entlohnt wurden, trotzdem es grösstenteils organisierte Kollegen waren, die die Stellen angetreten haben. Die Anfrager war ihnen zum grossen Teil wohl zu umständlich, hätten sie sich am Ort, wo sie sich befanden, Auskunft geben lassen können, so hätten die betreffenden Kollegen auch wohl ihre Forderungen danach gestellt. Also hier haben wir den leider oft eintretenden Fall, dass Kollegen, ohne dass sie es wollten, zu Lohnrückern wurden; sie sagten sich eben, wenn ich erst bei den Zahlstellen anfrage, dauert es vielleicht einige Tage und in der Zeit ist die Stellung besetzt. Die Münchener Kollegen wünschen nun, dass der § 3 des Statuts in seiner ganzen Schärfe gegen solche Kollegen in Anwendung kommen möge, die unter dem Minimallohn zu arbeiten beabsichtigen. Es ist ja nun die Zahlstelle München eine von denen, die es gottlob nicht an Agitation fehlen lassen und oft genug den Minimallohn in der »Graph. Presse« bekannt gegeben, aber nicht allen Zahlstellen kann man dieses nachrühnen, und woher soll nun ein Kollege den Minimallohn, der in verschiedenen Zahlstellen aufgestellt ist, immer wissen, da heisst's: deswegen anfragen, aus den aber schon angeführten Gründen thun dieses viele Kollegen nicht. Sie würden aber gewiss nicht zögern, wenn sie sich im Orte, wo sie sich befinden, sofortige Auskunft holen könnten, denn es würde dadurch keine Zeit verloren gehen. Ein Beispiel, welches ich selbst erlebt, möchte ich hier anführen. Im November 1896 nahm ich eine Stellung nach Hannover an, ich kam just vom Militär und wusste nicht, dass dortigen Kollegen eben erst um einen Minimallohn gekämpft hatten; ich hatte 21 Mk. gefordert. Als ich mich dem Direktor der Anstalt vorstellte, erklärte derselbe mir, dass der Minimallohn 24 Mk. betrage und dass ich denselben auch erhalte, worüber ich natürlich nur erfreut war, aber der Herr Direktor hatte es mir auch nur deshalb bewilligt, weil die gebietende Macht der Organisation dahinter stand und er nicht anders konnte. Die hannoverschen Kollegen haben allen Anfechtungen zum Trotz verstanden ihren Minimallohn hochzuhalten.

Ich glaube, dass die Verhältnisse in Hannover auch heute noch dieselben sind, und möchte ich hiermit die Meinung der Münchener Kollegen zurückweisen, dass sich die Verhältnisse in Geschäften so schnell ändern und demnach ein Auskunftsbuch schon veraltet ist, ehe es an die Zahlstellen gelangt. Ich habe zum Beweise die Zahlstelle Hannover angeführt, aber ich weiss auch noch genug andere Zahlstellen, wo in Geschäften jahrelang sich nichts geändert hat, weil eben die Kollegen in den Zahlstellen dafür sorgen, dass die errungenen Vorteile, wenn auch nicht verbessert, so doch bestehen bleiben. Wenn sich in einem Geschäft etwas ändert, so handelt es sich grösstenteils um Verschlechterungen und diese entstehen wieder oft daraus, dass sich die Kollegen bei vakanten Stellen aus Unkenntnis zu einem niedrigeren Lohn anbieten, als wie er bisher betragen hat, denn nicht überall haben, wie in Hannover, die Kollegen die Macht, solches zu verhindern. Um solches nun möglichst zu verhüten, habe ich den Vorschlag mit dem Auskunftsbuch gemacht, es soll vor allen Dingen in den Geschäften erst mal das Errungene — Arbeitszeit, Löhne u. s. w. festgehalten werden. Wenn Verbesserungen erzielt

werden, so kann dieses leicht durch Nachträge geregelt werden, ich sage mir vor allen Dingen, dass viel damit gewonnen wäre, wenn sich die Kollegen an jedem Ort sofort Auskunft über ein auswärtiges Geschäft holen könnten, natürlich dürfte die Aufstellung eines solchen Auskunftsbuches nicht Jahre in Anspruch nehmen, da wäre es freilich veraltet, es müsste eben mit möglicher Eile daran gearbeitet werden. Aus Bielefeld wurde der Vorschlag gemacht, die Sache ähnlich wie ich sie angeregt, in Separatabzügen in der Presse zu veröffentlichen, der Vorschlag wäre gewiss der Kosten und der Einfachheit wegen vorzuziehen, aber ich befürchte leider, dass nur die wenigsten Kollegen sich diese Separatabzüge aufbewahren würden und wir ständen dann wieder auf demselben Standpunkt, wie mit der Veröffentlichung der Musteranstalten.

Ein Bericht aus Barmen weist darauf hin, dass ein Grundübel, warum es in vielen Zahlstellen so schlecht bestellt ist, darin zu suchen sei, dass sich die befähigsten Kollegen von verantwortungsvollen Posten retour ziehen, gewiss ein wahres Wort. Aber woran mag dies liegen? In den kleinen Zahlstellen doch nur an der elenden und gemeinen Verleumdungs- und Klatschsucht. Wie oft kommt es doch vor, dass Kollegen, die agitatorisch wirken, bei dem Prinzipalen, wo sie arbeiten, gemein denunziert werden und was ist dann die Folge? Entweder das Maul halten oder man fliegt raus. In Grossstädten, wo sich grössere Zahlstellen befinden, ist es hiermit nicht so schlimm, da haben die leitenden Kollegen bedeutend mehr Rückhalt, es ist tief bedauerlich, dass es solche Kollegen giebt, die sich ein Vergnügen daraus machen, andere anzuschwärzen, und es kann ein hier doch organisierte Kollegen in Betracht, denn unorganisierte sind nicht in den Versammlungen, sonst würde man annehmen, dass diese es den Prinzipalen zutragen, auffallend ist hierbei, dass es meistens »in Ehren« alt gewordene Kollegen sind, die sich dazu hergeben, jüngeren Kollegen, die mit allem Eifer für den Verband arbeiten, niederträchtig zu denunzieren. Ein »Pfui« für solche Kollegen. Ich bin nun hierbei von dem eigentlichen Thema abgekommen, was ich zu entschuldigen bitte, da nun eigentlich Neues in der Sache bisher von keiner Zahlstelle gebracht wurde, und die Debatten sich auch wohl erschöpft haben, so ist es nun meiner Meinung nach Aufgabe des Hauptvorstandes, nachdem derselbe die verschiedenen Meinungen gehört hat, sich hierüber ein Urteil zu bilden und demgemäss zu handeln. g.

## Klarstellung.

Wieder findet der Leser der Presse in No. 29 eine längere Erklärung aus der Feder Tischendörfer's, die den Eindruck erwecken soll, als wenn man als Sprachrohr der Gesamtkollegenschaft Berlins bestellt gewesen wäre. Dass die Mehrheit der Berliner Kollegenschaft aber nicht die willenslose Masse ist, die sich von einem T. durch Dick und Dünn führen lässt, hat die Berliner Obier-Versammlung und die Berliner Versammlung am 10. Juli bewiesen. Dass sich T. nun trotzdem darin gefällt, im Namen der Berliner Kollegen zu schreiben, ist dem Umstand zuzuschreiben, weil er glaubt, dadurch die Kollegenschaft ausserhalb Berlins besser irreführen zu können. Dass ein derartiger Unfug nicht weiter um sich greifen soll, deshalb muss meinerseits heute einmal der Katze die Schelle umgehängt werden. Dieses ist deshalb auch notwendig, weil T. glaubt, nur er allein sei der befähigste Mensch innerhalb unseres Vereins, alle übrigen Kollegen, besonders aber auch Verwaltungsbeamte seien zu jung und ist vielen auch die völlige Erfahrung abzusprechen. (Siehe Hannover.)

Es hat mir, und wie ich wohl mit Recht hervorheben darf, allen Diskussionsrednern, in der Nürnberger Versammlung durchaus ferngelegen, der Berliner Kollegenschaft das Recht der Kritik an unserer Presse zu nehmen. Aber das muss jedes Vereinsmitglied verlangen, dass die Kritik an einer dreimonatlichen Redaktionshätigkeit eine derartige ist, dass sie das Mass des Anstandes nicht überschreitet. Kann man es anständig nennen, wenn vor 300 Kollegen Kollege Tischendörfer sagt: »Obier könne nicht einmal deutsch schreiben.« — Nennt man das sachliche Kritik? Wenn man diesen Anspruch einem Redakteur im gegnerischen Lager auch gelegentlich vorzuwerfen, sich für verpflichtet hielt, so kann man daraus noch nicht das Recht herleiten, dass man diesen Ausdruck auch den Kollegen in eigenen Lager an den Kopf schleudern kann. Auch ist es zu weit gehend, unsern Redakteur mit einem schwankenden Rohr zu vergleichen, was vor unseren Ohren hier geschehen ist. Aus diesen Vorwürfen erhellt sehr deutlich die persönliche Voreingenommenheit, die sich sehr leicht weiter bekräftigen lässt. T. sagt weiter in seiner Erklärung, dass es den Nürnberger Kollegen durchaus überlassen bleibt, in unverständlichen Lobhudeleien über die »Gr. Pr.« zu ergehen. Würde ich in der Öffentlichkeit Satz für Satz an die Begründung meiner Resolution herantreten, ich befürchte, dass ihm das bischen Vertrauen, was er noch in der deutschen Kollegenschaft besitzt, vollends verloren gehen dürfte. Die deutsche Kollegenschaft kann froh sein, dass auf den Redakteurposten ein Mann gekommen ist, der Einflüssen von aussen nicht zugänglich ist. Hieraus resultieren auch lediglich die oben angeführten Angriffe.

Wenn nun T. glaubt, versichern zu müssen, dass er im Vorstand nur den neunten Teil Einfluss besitzt wie jedes andere Vorstandsmitglied, so erlaube ich mir dieses nachdrücklich zu bezweifeln.

Vernünftiger wäre es für T. gewesen, wenn er in Angelegenheit Niemeier geschwiegen hätte, da kann er nichts beschönigen, auch wenn er den Rabulisten markiert. Diese Sache ist wohl das beschämendste Blatt seiner gewerkschaftlichen Thätigkeit. Es grenzt an eine »tostlose Geistesverfassung«, um einmal die Worte T's. zu gebrauchen, wenn er schreibt, diese Sache sei für jeden wahrheitsliebenden Menschen durch die Ausschusszitzung am 3. Juli vollkommen geklärt. Wie liegt die Sache? Am 19. Januar brachen bei Fettback in Hannover durch eine beabsichtigte Arbeitszeiteinschränkung Differenzen aus. Das Personal wendet sich gegen die Massnahme, welche der Vorstand billigte. Das Hauptvorstandsmitglied T. nimmt Gelegenheit, einen geharnischten Artikel gegen Niemeier und den Zahlstellen in Hannover in No. 6 der Gr. Pr. zu veröffentlichen, in welchen folgender Absatz vorkommt:

»Hier kann der Beweis für eine praktische Solidarität erbracht werden. Da wird es sich freilich oftmals zeigen, dass reden und handeln zweierlei ist. Leider ist sogar zu konstatieren, dass sich dies in einer grösseren Stadt Deutschlands schon erwiesen hat. Dort trat ein grösserer Arbeitgeber mit dem Vorschlag hervor, einige Zeit hindurch nur fünf Tage in der Woche arbeiten zu lassen, um keine Arbeiterentlassungen vornehmen zu müssen. Und was sagt man hierzu in der Mitgliedschaft, welche sich freilich eines verblendeten Vorsitzenden erfreut? Das geht nicht an, darauf können wir nicht eingehen! Warum? Darum! Gründe, wenigstens solche, die sich hören lassen, hatte und brauchte man nicht. Eine derartige Beschränkung sollte man nicht für möglich halten, sie ist aber thatsächlich vorgekommen. Glücklicherweise scheint sie durch auswärtige Beeinflussung noch korrigiert und also unschädlich gemacht worden zu sein.«

Kollege Niemeier antwortet in No. 8 folgendes: »Eine Kampfweise, die entschieden nicht anständig genannt zu werden verdient, weil sie aus dem Hinterhalte unter harmloser Deckadrese geführt wird. Seit wann ist es Sitte offizielle, dem Hauptvorstand von einer Zahlstelle zugegangene Mitteilungen privatim in persönlich gehässigen Artikeln auszubeuten? — Hat man sich deshalb in den Hauptvorstand hineinwählen lassen, um besser informiert zu sein?«

Die Gründe, die seinerzeit dem Hauptvorstand aus einer grösseren Stadt Deutschlands zuzugingen, waren derart stichhaltig, dass bis dato unser Hauptvorstand noch keine Antwort hat finden können und auch nicht finden wird, dagegen macht man sich in verleumderischen Artikeln in der »Gr. Pr.« Luft, worin die persönliche Antipathie wahre Orgien feiert.«

Der Fabrikant Fettback ist ständiger Leser der Presse und es versteht sich von selbst, dass er sofort verstanden hat, auf wen der Angriff gemünzt war. Endlich brechen bei dem Sozialpolitiker Fettback wegen Feiern des 3. Pfingstfeiertages wieder Differenzen aus. Die Verwaltungen wenden sich an den Vorstand und fragen an, was zu thun ist, inzwischen hat aber Fettback von T. Brief, dass sich seine Leute wieder beschwert hätten. Fettback darüber im höchsten Masse erobert, traktiert seine Arbeiter in einer Geschäftsausschusszitzung mit dem Ausdruck, »dass es eine schofle Handlungsweise sei, alles gleich an den Hauptvorstand zu berichten.« Und weiter: »Die Verwaltung sei unfähig, eine Bewegung zu leiten.« Man muss in Betracht ziehen, dass der Vorsitzende dieser »unfähigen Verwaltung« der Kollege Niemeier war, der noch dazu das »Brot« des Herrn Fettback essen musste. Ein jeder Kollege, der dazu berufen ist, in der Organisation ein Amt zu bekleiden, wird bestätigen müssen, dass man in seiner Stellung oft Chikanen ausgesetzt ist, denen manch anderer Kollege, welcher nur seinen Beitrag zur Organisation leistet, gar nicht ausgesetzt ist. Wie muss da erst eine Stellung werden, wenn unter den Augen des Chefs derartige Angriffe in der Presse erfolgen gegen Personen, die wiederholt mit dem Chef ein Hühnchen zu rupfen hatten. Es mag ja dem Kollegen Tischendörfer diese Sache sehr unangenehm sein, allein wenn derartige in der Öffentlichkeit vor sich gegangene Angriffe Thatsache sind, die dazu beitragen, dass die Stellung des angegriffenen Kollegen dadurch unhaltbar wurde, so verdient man auch keine Rücksicht. Der Brief, welchen T. auftragsgemäss an Fettback gerichtet hat, ist nicht kopiert, auch Fettback will ihn nicht mehr haben; man wird es schon entschuldigen müssen, wenn man den Worten unserer Mitglieder in Hannover ebensoviel Glauben schenkt, wie der Versicherung des Fabrikanten Fettback. Ich verrete einsteilen die Interessen der Mitglieder und nicht die eines Unternehmers, der es jetzt erst wieder gewagt hat, unseren Gauvorsitzenden vom Gau Hannover zu massregeln, nachdem dieser 3 1/2 Jahre zur Zufriedenheit des Chefs gearbeitet hatte.

Zum Schluss erhebe ich meine Stimme gegen die schamlose Ausbeutung des Ausschussbeschlusses, gegen die ich schon in Fürth Verwahrung eingelegt habe. Die Mitglieder des Ausschusses, welche den Beschluss gegen meine Stimme fassten, werden gegen derartige Machinationen wohl Stellung nehmen müssen.